Gesellschaftsvertrag

der Bernburger Theater- und Veranstaltungs-gGmbH

(nachfolgend Gesellschaft genannt)

§ 1

Rechtsform, Firma und Sitz der Gesellschaft

- (1) Das Unternehmen ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- (2) Die Firma der Gesellschaft lautet:

„Bernburger Theater- und Veranstaltungs-gGmbH“
- (3) Sitz der Gesellschaft ist Bernburg (Saale).

§ 2

Gegenstand der Gesellschaft, Gemeinnützigkeit

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 1 AO in der Stadt Bernburg (Saale) und im **Salzlandkreis** mit überregionaler Ausstrahlung. Dazu führt die Gesellschaft kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte, Theaterveranstaltungen, Kunstausstellungen u. ä. durch und bedient sich dabei der zur Verfügung gestellten Kultureinrichtungen des **Salzlandkreises** (Metropol und Kurhaus) und der Stadt Bernburg (Saale) >Carl-Maria-von-Weber-Theater<.
- (2) Die Gesellschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Durchführung von kulturellen Veranstaltungen im Sinne von § 68 Nr. 7 AO, insbesondere Konzerte, Theateraufführungen und Kunstausstellungen,
 - b) Förderung und Unterstützung auf dem Gebiet der Theaterpädagogik und des Amateurtheaters, vor allem im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters,
 - c) Entgeltliche und unentgeltliche Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten an kulturelle Gruppen und Vereine sowie Schulen.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. AO.
- (4) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (6) Der Gesellschafter darf keine Gewinnanteile und in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Er erhält bei Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile zurück.
- (7) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 51.200 EUR (in Worten: Einundfünfzigtausendzweihundert Euro).
- (2) Alleiniger Gesellschafter ist der **Salzlandkreis**.
- (3) Die Stammeinlage auf das Stammkapital ist sofort in voller Höhe in bar zu leisten.
- (4) Die Gesellschaft kann durch Gesellschafterbeschluss weitere Gesellschafter aufnehmen.

§ 4 Nebenleistungspflichten

- (1) Die Aufwendungen der Gesellschaft eines Geschäftsjahres werden, soweit sie nicht durch eigene Erträge, Zuwendungen oder Zuschüsse Dritter gedeckt sind, vom Gesellschafter als Zuschuss im Sinne des § 3 Abs. 2 GmbHG nach Maßgabe des gem. § 14 Abs. 3 lit. a) in Verbindung mit Abs. 4 und i.V.m. § 16 beschlossenen Wirtschaftsplanes getragen.

Unter Aufwendungen sind lediglich solche Ausgaben zu verstehen, die liquiditätsmäßig abfließen. Abschreibungen auf bereits finanzierte Wirtschaftsgüter führen nicht zu den Aufwendungen gem. Satz 1.

Der Gesellschafter ist insgesamt nur zur Übernahme von Aufwendungen in Höhe von maximal 1.000.000 EURO verpflichtet.

Der Ersatz der Aufwendungen kann durch Liquiditätszuführung in Form von Einzahlung in das Kapital bzw. Hingabe von Darlehen erfolgen. Die Darlehen können auch zinslos, versehen mit einem Rangrücktritt, gewährt werden.

- (2) Die Gesellschaft kann für das laufende Geschäftsjahr quartalsweise Vorauszahlungen erheben, über deren Höhe der Aufsichtsrat entscheidet.

§ 5 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
- (2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 6 Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Die Verfügung über die Geschäftsanteile oder eines Teiles davon sowie der Beitritt neuer Gesellschafter bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen.

- (2) Die Belastung, insbesondere die Verpfändung von Geschäftsanteilen oder Teilen davon, ist unzulässig.

§ 7 Einziehung von Geschäftsanteilen

- (1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist zulässig.
- (2) Die Geschäftsanteile des Gesellschafters können in folgenden Fällen ohne seine Zustimmung eingezogen werden:
- a) Über das Vermögen des Gesellschafters wird rechtskräftig das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird mangels Masse abgelehnt oder der Gesellschafter hat die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern.
 - b) Ein Gläubiger des Gesellschafters betreibt aufgrund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Titels eine Zwangsvollstreckung in den Geschäftsanteil oder in Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesellschaft und die Vollstreckungsmaßnahme wird nicht innerhalb von zwei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben.
 - c) In der Person des Gesellschafters liegt ein seine Ausschließung rechtfertigender Grund vor.
 - d) Der Gesellschafter erhebt Auflösungsklage.
- (3) Die Einziehung erfolgt durch den/die Geschäftsführer aufgrund eines Beschlusses des Gesellschafters, der mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit gefasst wird.

§ 8 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Gesellschafterversammlung
- b) der Aufsichtsrat
- c) der/die Geschäftsführer.

§ 9 Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung wird grundsätzlich durch den oder die Geschäftsführer einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt und so oft Veranlassung hierzu gegeben ist, mindestens jedoch halbjährlich. Die Gesellschafterversammlung ist ferner einzuberufen, wenn der Aufsichtsrat oder der Gesellschafter dies verlangt.
- (2) Die Einberufung erfolgt durch eingeschriebenen Brief mit einer Frist von mindestens 2 Wochen an den Gesellschafter unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung sowie Übersendung der dazugehörigen Unterlagen, insbesondere Beschlussanträge. Der Lauf der Frist beginnt mit dem der Aufgabe zur Post folgenden Tag. Der Tag der

Versammlung wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgezählt. In dringenden Fällen bzw. bei Eilbedürftigkeit können eine andere Form der Einladung und/oder eine kürzere Frist gewählt werden.

- (3) Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt.
- (4) Die Leitung der Gesellschafterversammlung übernimmt der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung.
- (5) Der/die Geschäftsführer nehmen an der Gesellschafterversammlung teil. Der Aufsichtsratsvorsitzende oder sein Stellvertreter kann an der Gesellschafterversammlung teilnehmen.
- (6) Ist der Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfähigkeit einverstanden, so können die Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschafts-vertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.
- (7) Über den Verlauf der Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, in welcher Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung und der wesentliche Inhalt der Verhandlung sowie die Beschlüsse des Gesellschafters anzugeben sind. Die Niederschrift ist von der Geschäftsführung zu erstellen und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. Dem Gesellschafter und allen Teilnehmern ist eine Abschrift binnen eines Monats nach der Sitzung zu übersenden.

§ 10 Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Gesellschafterbeschlüsse werden in der Gesellschafterversammlung beschlossen oder durch schriftliche, fernschriftliche oder fernkopierte Abstimmungen gefasst, wenn sich der Gesellschafter mit dieser Art der Beschlussfassung einverstanden erklärt oder sich an ihr beteiligt. Außerhalb von Versammlungen werden die Beschlüsse von der Geschäftsführung schriftlich festgestellt und dem Gesellschafter und dem Aufsichtsratsvorsitzenden schriftlich mitgeteilt.
- (2) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn der Gesellschafter vertreten ist. Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung hiernach nicht als beschlussfähig, so ist binnen einer Woche eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung und einer Einberufungsfrist, die bis auf sieben Tage verkürzt werden kann, einzuberufen.
- (3) Je 100,- Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
- (4) Soweit in diesem Gesellschaftsvertrag oder in zwingenden gesetzlichen Bestimmungen nichts anderes bestimmt ist, werden Gesellschafterbeschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Ein Gesellschafter kann die ihm zustehenden Stimmen nur einheitlich abgeben. Die Stimmabgabe erfolgt durch Handaufheben oder durch Stimmzettel. Wahlen erfolgen geheim.
- (5) Der Gesellschafter kann sich bei den Beschlüssen der Gesellschaft aufgrund schriftlicher Vollmacht durch einen durch den Gesellschafter zu bestimmenden Dritten vertreten lassen.
- (6) Eine Anfechtungsklage muss innerhalb von einem Monat nach der Beschlussfassung erhoben werden.

§ 11

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr gesetzlich und an anderer Stelle dieses Vertrages zugewiesenen sowie insbesondere über die nachfolgend aufgeführten Angelegenheiten:
- a) die Aufnahme weiterer Gesellschafter,
 - b) die Änderung des Gesellschaftsvertrages,
 - c) die Erhöhung und Herabsetzung des Stammkapitals,
 - d) die Umwandlung, Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft,
 - e) die Übernahme neuer Aufgaben und die Aufgabe bisheriger Unternehmensgegenstände i. S. des § 2,
 - f) die Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes und der Ergebnisverwendung,
 - g) die Feststellung der Vergütung in Form einer Aufwandsentschädigung der Aufsichtsratsmitglieder,
 - h) die Entlastung des Aufsichtsrates,
 - i) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen den/die Geschäftsführer und Mitglieder des Aufsichtsrates.
- (2) Der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen insbesondere:
- a) die Verfügung von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen,
 - b) die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder in wesentlichen Teilen,
 - c) der Erwerb, die Veräußerung sowie die Belastung von Grundstücken oder Erbbaurechten,
 - d) die Beteiligung an anderen Unternehmen.
- (3) Die Beschlüsse nach Abs. 1 und Abs. 2 bedürfen einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit.

§ 12

Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrates

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 9 Mitgliedern besteht.
- (2) Der Landkreis Bernburg entsendet 5 **durch die Fraktionen** des Kreistages **benannte Mitglieder** und einen Bediensteten der Kreisverwaltung **des Salzlandkreises**. Die Stadt Bernburg (Saale) entsendet ~~2~~ **3** Mitglieder ~~des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale) und einen Bediensteten~~, **einer davon ist Bediensteter** der Stadtverwaltung Bernburg (Saale).
- (3) Die Entsendungsberechtigten können mit der Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern für jedes Aufsichtsratsmitglied ein Ersatzmitglied bestellen, das Mitglied des Aufsichtsrates wird, wenn die Amtszeit des entsandten Aufsichtsratsmitglied vorzeitig endet. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied während der Amtszeit aus und ist kein Ersatzmitglied bestellt, so wird für die Restdauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds ein Nachfolger bestimmt. Das Entsendungsrecht steht demjenigen zu, der auch das ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglied entsandt hat.

- (4) Die Amtszeit des Aufsichtsrates beginnt, wenn sämtliche Mitglieder entsandt sind. Sie endet mit Ablauf der jeweiligen Wahlperiode des Kreistages und des Stadtrates Bernburg. Der alte Aufsichtsrat führt die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Aufsichtsrates fort.
- (5) Das Amt eines Aufsichtsratsmitglied, das durch die Stadt Bernburg (Saale) oder den **Salzlandkreis** entsandt wurde und das dem Stadtrat Bernburg (Saale) oder dem Kreistag **des Salzlandkreises** zur Zeit seiner Entsendung angehört hat, endet vor Ablauf der Amtszeit mit dem Ausscheiden aus dem Stadtrat oder dem Kreistag **des Salzlandkreises**. Das Aufsichtsratsmitglied führt seine Geschäfte bis zum Amtsantritt des neuen Mitgliedes fort. Das Gleiche gilt, wenn das Aufsichtsratsmitglied zur Zeit der Entsendung der Stadtverwaltung der Stadt Bernburg (Saale) oder der Kreisverwaltung des **Salzlandkreises** angehört.
- (6) Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft niederlegen.
- (7) Auf den Aufsichtsrat findet § 52 GmbHG mit den dort genannten Vorschriften des Aktiengesetzes Anwendung, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag nichts abweichendes bestimmt ist.
- (8) Der/die Geschäftsführer können nicht Mitglied des Aufsichtsrates sein.

§ 13

Innere Ordnung des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsratsvorsitzende und sein Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat mit einfacher Mehrheit für die Dauer der Wahlperiode der kommunalen Gebietskörperschaften gewählt.
- (2) Der Aufsichtsrat wird vom Vorsitzenden einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern, mindestens jedoch vierteljährlich. Ferner können jedes Aufsichtsratsmitglied sowie der/die Geschäftsführer unter Angabe von Zweck und Gründen die Einberufung vom Vorsitzenden verlangen.
- (3) Die Einberufung erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen, insbesondere Beschlussanträge. Der Lauf der Frist beginnt mit dem der Aufgabe zur Post folgenden Tag. Der Tag der Sitzung wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgezählt. In dringenden Fällen können eine andere Form der Einladung und/oder eine kürzere Frist gewählt werden.
- (4) Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss. Er ist nur dann beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann binnen zwei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Der Aufsichtsrat ist in der neuen Sitzung auf jeden Fall beschlussfähig, darauf ist bei der erneuten Einberufung hinzuweisen.
- (5) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden grundsätzlich in Sitzungen gefasst. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, sofern nicht durch diesen Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist.

- (6) Außerhalb von Sitzungen kann die Beschlussfassung durch schriftliche, fernmündliche oder telegrafische Abstimmung erfolgen, wenn jedes Mitglied diesem Verfahren zustimmt oder sich an ihm beteiligt.
- (7) Über Sitzungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Vorsitzende und der Protokollführer zu unterzeichnen haben. In Niederschriften über Sitzungen sind Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrates anzugeben. In Niederschriften über Beschlüsse, die außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sind Tag, Art und Teilnehmer der Beschlussfassung sowie der Inhalt der Beschlüsse anzugeben. Jedem Mitglied des Aufsichtsrates ist eine Abschrift der Niederschrift auszuhändigen.
- (8) Die Durchführung von Aufsichtsratsbeschlüssen und die Vertretung des Aufsichtsrates gegenüber Dritten sowie gegenüber der Gesellschaft obliegt dem Aufsichtsratsvorsitzenden.
Der Aufsichtsratsvorsitzende oder sein Stellvertreter können an Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnehmen.
- (9) Der/die Geschäftsführer nehmen an der Aufsichtsratssitzung teil, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt punktuell etwas anderes. Der/die Geschäftsführer haben kein Stimmrecht.

§ 14

Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat nimmt die ihm durch Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafterbeschluss übertragenen Aufgaben wahr.
- (2) Der Aufsichtsrat überwacht die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung.
- (3) Der Aufsichtsrat beschließt über:
 - a) die Genehmigung des Wirtschaftsplanes einschließlich des Liquiditätsplanes
 - b) die Bestellung des Abschlussprüfers
 - c) die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Prokuristen sowie Handlungsbevollmächtigten
 - d) die Form und den Inhalt, die Änderungen, die Beendigung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern sowie Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten
 - e) die Geschäftsordnung der Geschäftsführer und die Entlastung der Geschäftsführer
 - f) die zustimmungsbedürftigen Geschäfte des Geschäftsführers/der Geschäftsführer, die aufgrund einer von dem Aufsichtsrat beschlossenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung oder durch Gesellschafterbeschluss der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen.
- (4) Die Beschlüsse nach Abs. 3 lit. a, c, e und f bedürfen einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit, für die übrigen Beschlüsse ist eine einfache Mehrheit erforderlich.
- (5) Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft bei Rechtsgeschäften der Gesellschaft mit den Geschäftsführern und bei Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und den Geschäftsführern.

§ 15 Geschäftsführer und Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ihre Zahl bestimmt die Gesellschafterversammlung.
- (2) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann die konkrete Vertretungsbefugnis aller oder einzelner Geschäftsführer abweichend regeln. Die Gesellschafterversammlung kann auch einzelne oder alle Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien, d.h. ihnen gestatten, Rechtsgeschäfte im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten vorzunehmen.
- (3) Der/die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit
 - dem Gesetz,
 - diesem Gesellschaftsvertrag in seiner jeweils gültigen Fassung,
 - der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung in ihrer jeweils gültigen Fassungsowie
 - mit den Beschlüssen des Gesellschafters und/oder des Aufsichtsrates – soweit er zur Erteilung von Weisungen zuständig ist – zu führen.
- (4) Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss der in § 11 Abs. 2 genannten Fälle der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Der Gesellschafter kann durch Gesellschafterbeschluss weitere Geschäfte festlegen, für welche die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung des Gesellschafters oder des Aufsichtsrates bedarf.
- (5) Der Aufsichtsrat kann in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer bestimmte Arten von Geschäften festlegen, für welche die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf.
- (6) Näheres regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

§ 16 Wirtschaftsplan

Die Geschäftsführung hat bis zum 30. September des laufenden Geschäftsjahres für das kommende Geschäftsjahr dem Aufsichtsrat den Wirtschaftsplan, der den Vermögensplan und Erfolgsplan sowie die Stellenübersicht umfasst, sowie einen Liquiditätsplan zur Zustimmung vorzulegen. Der Wirtschaftsplan ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften für die Eigenbetriebe aufzustellen. Die Höhe der geplanten Zuschüsse zu den Aufwendungen der Gesellschaft gem. § 4 des Gesellschaftsvertrages unterliegt der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

§ 17 Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung

- (1) Die Geschäftsführung hat in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss (Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften aufzustellen und dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen.

- (2) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Lagebericht und dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unter Beifügung einer schriftlichen Stellungnahme und unter Angabe der zur Beseitigung etwaiger Mängel getroffen oder vorgesehenen Maßnahmen unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes dem Gesellschafter zur Feststellung des Jahresabschlusses und gleichzeitig dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen.
- (3) Der Gesellschafter hat bis spätestens zum Ablauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen. Auf den Jahresabschluss sind bei der Feststellung die für seine Aufstellung geltenden Vorschriften anzuwenden.
- (4) Jahresabschluss und Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und zu prüfen. Der Auftrag an den Abschlussprüfer ist auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu erstrecken.
- (5) Dem Rechnungsprüfungsamt des **Salzlandkreises** werden die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes sowie die Befugnisse nach § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt.
- (6) Ungeachtet der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen für die Offenlegung des Jahresabschlusses hat der kommunale Gesellschafter gem. § 121 GO LSA in der jeweils geltenden Fassung dafür zu sorgen, dass in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes örtüblich bekanntgemacht werden, gleichzeitig der Jahresabschluss und der Lagebericht ausgelegt sowie in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.

§ 18

Auflösung, Abwicklung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft wird aufgelöst
 - a) durch Beschluss der Gesellschafterversammlung
 - b) durch Eröffnung der Insolvenz
 - c) durch sonstige gesetzliche Auflösungsgründe
- (2) Für die Abwicklung sind die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes maßgebend.
- (3) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile des Gesellschafters und den gemeinen Wert der vom Gesellschafter geleisteten Sacheinlagen übersteigt, dem **Salzlandkreis** zu. Der **Salzlandkreis** ist verpflichtet, dieses Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke, d.h., für die Förderung von Kunst und Kultur, zu verwenden.

§ 19 Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und dem Gesellschafter bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht schon Kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

§ 20 Bekanntmachung

Die notwendigen Bekanntmachungen nach dem GmbHG erfolgen im Bundesanzeiger.

§ 21 Salvatorische Klausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung ist diejenige wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung entspricht. Im Falle von Lücken ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vernünftigerweise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.